

1091
An die Kreisgewerkschaft
Kommission

a. 21



Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Rückstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 7. September 1922.

Nr. 210.

Gegenläufe.

Das Zentralorgan der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist nochmals auf die Stellungnahme unserer Partei zur offiziellen Politik dieses Staates sowie zum Staate überhaupt zu sprechen gekommen. Das „Pravo Lidu“ führt zur Verteidigung der Kleinen-Entente an, daß sich deren Verhältnis zu Oesterreich seit ihrer Entstehung gebessert habe und daß Oesterreich durch den Laaner Vertrag in nähere Beziehung zu dieser Mächtegruppe gebracht worden ist. Gewiß ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich und der Kleinen Entente nicht geradezu feindlich, es ist sogar noch nicht zum Kriege zwischen den beiden Gruppen gekommen, aber die Lebensbedingungen der Tschechoslowakei verlangen ein ganz anderes Verhältnis zu Oesterreich und Deutschland als es dormalen vorherrscht. Wenn man die Ziffern der Handelsbilanz ansieht, so findet man, daß es nicht viele Länder in Europa geben wird, die wirtschaftlich so verbunden sind, wie Oesterreich, die Tschechoslowakei und Deutschland, daß man ohne Uebertriebung von einem Wirtschaftsgebiet sprechen kann, welches durch diese Staaten verkörpert ist. Zwischen den drei Staaten sollte das denkbar engste Einvernehmen herrschen und die Entente, die wir brauchen, ist nicht der Bund mit Jugoslawien und Rumänien, die uns wirtschaftlich sehr wenig geben können, sondern der Wirtschaftsbund mit Deutschland und Oesterreich. Das allein wäre eine auswärtige Politik, die den Lebensbedürfnissen der Tschechoslowakei und ihrer Arbeiterklasse Rechnung trägt.

Das „Pravo Lidu“ leugnet auch entschieden, daß die Tschechoslowakei zu Frankreich im Verhältnis eines Vasallenstaates steht, weil die Tschechoslowakei beispielsweise nicht die französische Interventionspolitik in Rußland gegenüber mitgemacht hat. Daß die Entente in Rußland militärisch nicht interveniert hat, ist jedoch nicht das Verdienst der Tschechoslowakei, sondern das Verdienst Englands, insbesondere der Macht der englischen Arbeiterklasse, die sich mit Entschiedenheit einer Intervention zugunsten der Aufrichtung des alten Regimes in Rußland entgegenstemmt hat. Daß aber die Tschechoslowakei in Wahrheit der Vasall Frankreichs ist, beweist der tschechoslowakische Militarismus, der völlig unter Kontrolle Frankreichs steht. Wenn der Generalstabchef eines Staates Angehöriger eines anderen Staates ist und diesen Posten im Auftrage seines Vaterlandes bekleidet, dann ist dies wohl ein Vasallenverhältnis, genau so, wie die Türkei früher militärisch vollständig unter dem Gehote Deutschlands stand, da der General Liman von Sanders Armeekommandant in Konstantinopel war. Die tschechischen Sozialdemokraten würden ja gerne den Militarismus, der die Staatsfinanzen so enorm belastet, abbauen, aber sie stoßen da nicht so sehr auf den Widerstand Masins in der Reika, sondern es ist der Widerstand der französischen Generalität, der alle diese Bemühungen zum Scheitern verurteilt. Darin kommt eben zum Ausdruck, daß die politischen Kräfte in der Tschechoslowakei in bezug auf den Militarismus nicht frei, sondern dem Willen des französischen Imperialismus unterworfen sind. Die Kleine Entente und mit ihr die Tschechoslowakei sind auch ferner an Frankreich gefesselt, weil sie die Aufrechterhaltung des Versailler Friedensvertrages erstreben. Der Sinn der Kleinen Entente ist, einen Friedensvertrag aufrecht zu erhalten, der über die Menschheit nach dem Kriege unendlichen Jammer gebracht hat, und daß die deutschen Sozialdemokraten einem solchen Gebilde keine Liebe entgegenbringen können, darüber mögen sich unsere tschechischen Genossen nicht wundern.

Auch darauf, daß das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie ganz von der Idee des Völkerbundes abgekommen ist, daß es die Notwendigkeit der Bündnisse in der Vorkriegszeit betont, darauf brauchen die tschechischen Genossen nicht stolz zu sein. Wie

Die Beschlüsse der Internationalen Arbeitsgemeinschaft.

Für die Einigung in Deutschland. — Die Frage der internationalen Beziehungen.

Frankfurt am Main, 3. September 1922.

In der Sitzung der Exekutive der I. A. S. P. (Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien), die am 2. und 3. September in Frankfurt am Main tagte — wir berichteten bereits über ihren Verlauf — wurden nach eingehenden Debatten folgende zwei Resolutionen einstimmig angenommen:

Zur Verschmelzung der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands.

Im Februar 1921 hat die Wiener Konferenz der I. A. S. P. folgenden Aufruf an die Arbeiter und Sozialisten aller Länder gerichtet:

„Die Internationale Sozialistische Konferenz in Wien ruft alle Arbeiter zur Einigkeit der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern und in der Internationale auf. Sie ist entschlossen, auf der Grundlage der von ihr gefassten Beschlüsse und Resolutionen mit allem Nachdruck für die Verwirklichung dieser Einigkeit zu arbeiten. Sie fordert die Sozialisten aller Länder auf, ihre Bemühungen zu unterstützen, indem sie sich in tatkräftigster Weise um die Herstellung einer revolutionären proletarischen Einheitsfront gegen den Kapitalismus und Imperialismus sowohl in ihrem eigenen Lande, als auch im Schoß der internationalen Klassenorganisation bemühen.“

In Deutschland beginnt dieser Einigungsprozess mit der voraussetzlichen Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Dabei ist das Problem der Internationale von größter Bedeutung. Auf die Dauer kann weder die deutsche Arbeiterklasse ohne internationale Verbindung sein, noch ist eine internationale Verbindung denkbar, ohne die Mitwirkung des deutschen Proletariats.

Wir erwarten, daß die Genossen der U.S.P. sich in ihren Verhandlungen auf den Boden der vollen Gleichberechtigung der sich verschmelzenden Parteien gegenüber den internationalen Verbänden stellen werden, daß ihre Anhänger auch weiterhin für die Prinzipien, die auf der Wiener Internationalen Konferenz im Februar 1921 aufgestellt wurden, werten können und daß in internationaler Beziehung den Mitgliedern der I. A. S. P. kein Opfer auferlegt wird, was nicht gleichermaßen die Mitglieder der anderen Partei bringen.

Die Exekutive der I. A. S. P. erwartet, daß ihre Mitglieder aus Deutschland ihr bei der nächsten Sitzung ausführlichen Bericht erstatten werden.

Ueber die internationalen Beziehungen.

Die Exekutive der I. A. S. P. hat die internationalen Beziehungen neuerlich einer eingehenden

viele der besten Söhne des tschechischen Volkes, wie viele Angehörige der Legionen, auf die das tschechische Volk so stolz ist, haben den Krieg geführt im festen Glauben, daß er der letzte sein wird und daß ein Bund der Völker an Stelle aller anderen Bündnisse und diplomatischen Konstruktionen treten wird! Wenn schon die tschechischen Genossen Venes's Politik als die ihre bezeichnen, dann hätte die Kleine Entente wenigstens den Anfang damit machen müssen, daß sie alle Streitfälle dem Völkerbund übergibt und ihre Politik in der Richtung lenkt, daß alles zur Stärkung des Völkerbundes getan wird.

Schließlich erklärt das „Pravo Lidu“, daß die tschechoslowakische Republik nicht dem Willen Frankreichs, sondern dem revolutionären Willen der ganzen Nation entsprossen ist. Es ist schon richtig, daß das tschechische Volk Jahrhunderte um seine Selbständigkeit gekämpft hat, daß dieser Kampf im Kriege seinen Höhepunkt erreichte und das alles zur Selbständigkeit der tschechischen Nation viel beigetragen hat. Aber es war das Verhängnis dieser den Kampf um ihre Selbständigkeit führenden demokratischen Nation, daß, als sie nach drei Jahrhunderten an ihr Ziel gelangte, die Freiheit erreichte, sofort ein anderes Volk um seine Freiheit brachte,

Prüfung unterzogen und legt den angeschlossenen Parteien ihren Standpunkt ausführlich dar.

An der Spitze des Statuts der I. A. S. P. ist festgesetzt: „Die Arbeitsgemeinschaft ist nicht eine das gesamte revolutionäre Proletariat umfassende Internationale, wohl aber das Mittel zur Schaffung einer solchen“. Die I. A. S. P. hat vom Momente ihrer Gründung an stets mit Nachdruck betont, daß sie nicht wie andere internationale Vereinigungen sich den Titel einer Internationalen annahme, sondern daß allein eine allumfassende Klassenorganisation des Proletariats auf den Ehrennamen „Proletarische Internationale“ Anspruch erheben könne. Sie hat in ihren Leitungen über die „Methoden und Organisation des Klassenkampfes“ auf der Wiener Konferenz erklärt:

„Das Bedürfnis nach einem gemeinsamen Instrument des gesamten klassenbewußten Proletariats ist ein allgemeines. Dieses Instrument in Form der internationalen Klassenorganisation kann nur das Resultat des geschichtlichen Prozesses sein, der allmählich die Illusionen der einander beschneidenden doktrinären Gruppen beseitigt und sie zu der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Zusammenfassung des ganzen klassenbewußten Proletariats führen wird. Es ist die Aufgabe der eigenen Vereinigung, zu der sich die auf der Wiener Konferenz vertretenen Parteien zusammenschließen, das Reifen dieser Erkenntnis zu beschleunigen, ohne sich einer Illusion darüber hinzugeben, daß dieser Prozeß längere Zeit erfordern kann.“

Dieser Prozeß ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Er erhält durch die Aufstellung der Frage der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien Deutschlands einen neuen starken Antrieb. Wie immer man diese Einigung einschätzen mag, so können Einigungen in einzelnen Ländern allein noch nicht die Erfüllung der Hauptaufgabe der I. A. S. P. auf internationalem Gebiet bringen. Die Notwendigkeit des Weiterwirkens der I. A. S. P. und der Aufrechterhaltung ihrer Organisation besteht daher unverändert fort, bis die Bedingungen einer wirklichen proletarischen Internationale erfüllt sein werden. Den der I. A. S. P. angeschlossenen Parteien obliegt somit die Pflicht, mit unverminderter Energie im bisherigen Sinne weiterzuarbeiten.

Die I. A. S. P. hat im Verlauf von anderthalb Jahren seit der Wiener Konferenz Erfolge erzielt, die unsere Erwartungen übertrafen. Sie hat das Vertrauen immer weiterer Kreise des

daß es sich die deutschen Gebiete dieses Staates angeleibete, ohne die deutsche Bevölkerung, ohne die deutschen Arbeiter zu befragen. Daran haben die tschechischen Sozialdemokraten ebenso teilgenommen, wie diejenigen, die sich heute Kommunisten nennen. Sie haben mitgewirkt am Frieden von St. Germain und Versailles, wo die Völker wie Figuren auf dem Schachbrett, ganz im Sinne des Wiener Kongresses und der Weimarschen Diplomatie hin- und hergeschoben wurden und wo die gesamte tschechische Arbeiterklasse — und das bleibt ihre Tragik für die nächsten Jahre — dem Imperialismus der tschechischen Bourgeoisie erlegen ist.

Den Boden der Sachlichkeit verläßt das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie zum Schluß, da es sagt, daß die tschechischen Sozialdemokraten mit der tschechischen Bourgeoisie formell in einer Regierung sitzen, wir aber mit Baeran und Lodgman ideell verbunden sind. Das „Pravo Lidu“ weiß es, wie die gesamte politische Öffentlichkeit, daß wir mit Baeran und Lodgman in der auswärtigen Politik, ebenso wie in allen anderen Fragen, nichts gemein haben und es hat diese Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt.

internationalen Proletariats gewonnen, immer mehr aufstehender Parteien haben den Wunsch nach Anschluß an die I. A. S. P. gestellt. Wenn die I. A. S. P. wieder zu einer Konferenz zusammentritt, wird sie doppelt so viel Länder vertreten, als an der Wiener Konferenz im Jahre 1921, wird sie nicht nur vertreten proletarische Parteien Europas, sondern auch Amerikas.

Dieses Vertrauen verdankt die I. A. S. P. der Tatsache, daß sie unbeeinträchtigt das große Ziel der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen und der Schaffung einer Klassenorganisation des Weltproletariats verfolgt hat.

In Erfüllung ihrer Aufgabe hat die I. A. S. P. jede Möglichkeit zu gemeinsamen Aktionen des Weltproletariats ergriffen und mit allen Kräften gefördert. So haben die ihr angeschlossenen Parteien in der Frankfurter Fünfländerkonferenz, im Februar 1922 teilgenommen, um die Reparationsfrage zu klären, so hat ihre Exekutive der Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) Folge geleistet, um gemeinsam zu wirken für den Schutz der Deutschen Republik, so wirken ihre Vertreter mit an der in Amsterdam eingesetzten Kommission, die die notwendigen Änderungen an den sogenannten Friedensverträgen von Versailles usw. feststellen soll. Diese Bemühungen haben zur inneren Verständigung der durch den Krieg auseinandergerissenen Parteien im weiten Maße beigetragen, wenn sie auch, wie selbstverständlich, noch nicht den Erfolg haben konnten, den Willen des internationalen Proletariats gegenüber den imperialistischen Machthabern der Ententestaaten durchzusetzen.

Der Grundgedanke der I. A. S. P. seit ihrer Gründung ist, eine Internationale zu schaffen, die keine Richtung des Weltproletariats ausschließt. Von diesem Gesichtspunkte aus hat sie im Januar 1922 den Zeitpunkt für gekommen erachtet, einen ersten Versuch zu unternehmen, um die Arbeiterparteien aller Länder zu einer gemeinsamen Tagung einzuberufen. Sie hatte den großen Erfolg, daß im April 1922 die Exekutiven von London, Moskau und Wien sich in Berlin zu einer Tagung versammelten und auch die außerhalb internationaler Verbindungen stehende Partei Italiens Vertreter entsandte. Damit hatten zum ersten Mal seit dem Ausbruch des Weltkrieges die Vertreter aller Richtungen sich zu gemeinsamen Beratungen vereint. Ein hoffnungsvoller erster Schritt war getan. Bedingungen waren formuliert, unter denen eine Fortsetzung der gemeinsamen Aktion möglich werden sollte.

Die weitere Entwicklung in dieser Richtung ist bekanntlich durch die Haltung der Zweiten Internationale ungemein erschwert, durch das Vorgehen der Dritten Internationale schließlich unmöglich gemacht worden.

Die Exekutive der I. A. S. P. hat immer wieder vor den unheilvollen Folgen, die die Verhängung von Todesurteilen im Moskauer Prozeß gegen die Sozialistenrevolutionäre für die Aufrichtung der proletarischen Internationale haben müßte, gewarnt. Unsere Warnungen wurden nicht gehört, die Todesurteile wurden verhängt und die Barbarei noch erhöht durch die Anwendung des Systems der Geißel, das wir mit tiefster Entrüstung an den imperialistischen Kriegsverbrechern gebrandmarkt haben. Die kommunistische Internationale hat trotz ihres Versprechens diese empörende Barbarei sanktioniert. Sie erklärt ihre Solidarität mit dem abscheulichen System der grausamen Verfolgungen der Sowjetregierung gegen die russischen Sozialisten und die Führer der proletarischen Klassenorganisationen. Sie hat durch ihr ganzes Verhalten den Mangel an ehrlichem Willen mit den anderen sozialistischen Parteien als Genossen zusammenzuarbeiten dokumentiert. Dadurch hat die kommunistische Internationale jede wirkliche praktische Zusammenarbeit der Sozialisten mit den kommunistischen Parteien unmöglich gemacht, so lange die letzteren nicht ihre zersetzenden und vergiftenden Methoden aufgeben.

Ebenso, wie die Frevler, die in Deutschland im Januar 1919 gegen die revolutionäre Bewegung begangen wurden, jeden Gedanken an Einigung des deutschen Proletariats auf Jahre hinaus unmöglich machten und noch heute die Ueberwindung der Schmerzen der alten Wunden das schwerste Opfer im Dienste der Zusammenfassung der proletarischen Kräfte ist, ebenso erfordert es Zeit, bis die Wunden, die Moskau geschlagen, so weit verhartet sind, daß das Wort der Berliner Konferenz wieder aufgenommen werden kann und umso mehr Zeit, je länger die Verfolgungen von Sozialisten in Rußland fortgesetzt werden.

Und so entsteht nun die Frage: Können wir mit der organisierten internationalen Aktion warten, bis bei den Kommunisten die Selbstbesinnung

eingekehrt ist und sie für gemeinsame Aktionen reif geworden sind? Sollen wir unsere Aktion einstellen und eine ganz unberechenbare Zeit mit Warten verlieren?

Wir können unser Ziel, die Proletariat aller Länder in einer Klassenorganisation zu vereinigen, nicht aufgeben. Wir wissen heute wie früher, daß auch in den Reihen der kommunistischen Internationale viele Genossen sind, die das Ungeheuerliche, das dort verübt wird, innerlich verurteilen. Genossen, die wert sind, als aufrichtige Revolutionäre der proletarischen Internationale der Zukunft anzugehören. Heute aber stehen sie im Banne des Kadavergehörigens Rosslaus, heute sind Verhandlungen mit Moskau selbst oder mit Moskau angeschlossenen Parteien vollständig aussichtslos.

Und daher bleibt uns in diesem Moment keine andere Möglichkeit, als den kommunistischen Parteien für die Zukunft die Türe zur Internationale offen zu halten, obwohl wir wissen, daß sie heute den Weg zu ihr nicht finden können.

Aber das gesamte übrige Weltproletariat, das in seiner überwältigenden Mehrheit nicht im Banne der Moskauer Seite steht, kann sich durch die verhängnisvollen Irrtümer einzelner Gruppen von der Erfüllung seiner Aufgaben nicht abhalten lassen.

Wir wollten den Arbeiterweltkongress mit der Moskauer Internationale. Das Vorhaben ist gescheitert. Moskau selbst hat einen solchen Kongress unmöglich gemacht. Der Kongress muß aber sein, er ist ein dringendes und immer dringenderes Bedürfnis des gesamten Weltproletariats. Die ökonomische und politische Lage verschärft sich immer mehr. Die Schaffung eines internationalen Aktionszentrums muß so rasch als möglich verwirklicht werden, wenn die Proletariat aller Länder nicht mehr dem Verhängnis der kapitalistischen Nachpolitik ausgeliefert werden sollen. Das Exekutivkomitee der I.A.S.P. ist daher der Auffassung, daß es die Aufgabe des internationalen Arbeiterkongresses sein wird, zu den wichtigsten Tagesfragen Stellung zu nehmen und in einem Aktionskomitee das Organ zu schaffen, das für die Ausföhrung seiner Beschlüsse zu sorgen haben wird, bis die Bedingungen gegeben sind, die selbständigen internationalen Verbände zu einer geeinigten Internationale zu verbinden.

Das Exekutivkomitee fordert daher die angeschlossenen Parteien auf, unverzüglich alle diese Fragen zu prüfen, es beauftragt sein Bureau, in dem dargelegten Sinne zu wirken und über die Ergebnisse seiner Tätigkeit so rasch als möglich einer Sitzung des erweiterten Exekutivkomitees zu berichten.

Diese Sitzung des erweiterten Exekutivkomitees wird auch entscheiden, ob sogleich eine Konferenz aller der I.A.S.P. angeschlossenen Parteien einberufen werden muß, oder ob es genügt, diese Konferenz unmittelbar vor dem Arbeiterweltkongress stattfinden zu lassen.

Eine „Rettung“ der tschechoslowakischen Währungspolitik.

Die Referate des Handels- und des Finanzministers im tschechischen Ministerrat.

Prag, 6. September. (Tsch. P.-B.) In dem am 6. September 1922 stattgefundenen Ministerreferat referierten der Handels- und der Finanzminister über den Verlauf der diensttägigen Enquete der Zentrale der Handels- und Gewerbetagern und konstatierten unter anderem folgendes:

Die Behauptung von der Unrichtigkeit des Altiums der tschechoslowakischen Handelsbilanz stütze sich in der Enquete vom 5. d. hauptsächlich auf den Hinweis auf die Bewertung der Ein- und Ausfuhr der Baumwolle und Wolle. Die Bewertung der Erzeugnisse der Baumwollindustrie wurde in der VII. Fachabteilung der ständigen Kommission durchgeführt. Für das Saldo der Ein- und Ausfuhr in der Klasse „Wolle, Wolllwaren“ ist die statistische Post 692, Nr. 229 des Zolltarifes absolut entscheidend. („Gewebte Wolllwaren; die anderwärts nicht genannt sind, auch bedruckt“). Im Jahre 1920 bewerteten die Fachleute der Fachabteilung VII diese Post in Grenzen, deren Minimum 75.000 K, deren Maximum 120.000 K für einen Meterzentner ist. Im Jahre 1921 betrug das Minimum 33.000 K, das Maximum 60.000 K für einen Meterzentner. Als Grundlage der Handelsbilanz nahm die Kommission im Jahre 1920 den Durchschnitt von 90.000 K und im Jahre 1921 47.000 K für einen Meterzentner. Dieser Durchschnitt ist also in beiden Fällen der Grenze des Minimums unverhältnismäßig näher, sodaß nicht die Rede davon sein kann, daß das Saldo günstiger bewertet wurde als es der Wirklichkeit entspricht.

Auch die der Regierung im Zusammenhange mit der Handelsbilanz für das Vorgehen beim Abschluß der Handelsverträge gemachten Vorwürfe sind unbegründet. Es wurde außer den bereits unterzeichneten Verträgen in der letzten Zeit mit zahlreichen Staaten (wie England, Belgien, Holland, Dänemark, Griechenland, Portugal, Japan) eine Reihe teils informativer, teils meritorischer Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen geführt, abgesehen von den Vorbereitungen für die Revision einiger älterer Verträge. Der Stand des tschechoslowakischen Zolltarifes bildete für diese Verhandlungen mit dem Auslande kein Hindernis. Die Regierung widmet dem Ausbau des autonomen Zolltarifes die größte Aufmerksamkeit, es ist aber selbstverständlich, daß die mit einer weitgehenden Vorlage verbundenen Arbeiten die detaillierte Ver-

handlungen mit allen Interessenten erfordern, eine längere Zeit in Anspruch nehmen und im Interesse der Sache nicht übereilt werden dürfen. Auch die Behauptung ist nicht richtig, daß die Goldgewinnung in Roudna durch die allzu große Besteuerung der Sprengstoffe unmöglich gemacht wurde, sondern hierfür war die fallende Tendenz des Goldpreises auf dem Weltmarkt die Ursache. An den Preisen der Sprengmittel hat sich seit dem Jahre 1920 nichts geändert und das Goldbergwerk in Roudna hat im Jahre 1920 und auch während des ganzen Jahres 1921 mit ziemlichem Altium gefördert.

Es muß noch auf die Vorwürfe reagiert werden, als ob die Staatsverwaltung entweder direkt oder durch Vermittlung des Bankamtes das Finanzministerium künstlich auf die Erhöhung des Kronenkurses einwirkte. Wenn die Finanzverwaltung dies tatsächlich hätte tun wollen, wäre sicherlich keine geeignete Gelegenheit vorhanden gewesen, als der Augenblick, da ihr der Wert der Auslandsanleihe ausgezahlt wurde. Die tschechoslowakische Krone in Zürich bewegte sich seit dem Monate April in Zürich ständig um 10.00 herum. Damit durch gewaltsame Ausbietung der Devisen aus der Auslandsanleihe der Kronenkurs nicht gehoben werde, traf die Finanzverwaltung mit dem Bankamt ein Einvernehmen, daß es ihr die Pfund und amerikanischen Dollars provisorisch zu einem niedrigeren Kurse zu dem Zwecke abzurechnen, damit die Regierung über den Wert in K^o dahin disponieren kann, daß das Bankamt, je nachdem der Markt zur Aufnahme von Devisen fähig sein wird, sie von der Finanzverwaltung allmählich zu dem von Fall zu Fall vereinbarten definitiven Kurse übernehmen kann. Aber nicht nur das: Als nach dem bestigen Sturze der Markt die Krone von der ausländischen Nachfrage gesucht war, nahm das Bankamt die angebotenen Devisen und Edelmetalle in bedeutender Posten aus dem Markt, wie aus seinen Ausweisen ersichtlich ist, wonach der Vorrat in Millionen K^o betrug:

	Devisen	Edelmetalle	Im ganzen
30. Juni	563	670	1233
7. Juli	589	682	1271
15. Juli	800	687	1547
23. Juli	802	693	1495
31. Juli	871	700	1571
7. August	1423	704	2127
15. August	1611	718	2229
23. August	1717	722	2439
31. August	1727	725	2452

Daraus ist ersichtlich, daß das Bankamt für Devisen und Edelmetalle im Laufe des Monats Juli 338 Millionen K^o, im Laufe des Monats August 881 Millionen K^o, im ganzen 1.219 Millionen K^o in Umlauf setzte. Es ließe sich schwer verteidigen, daß das Anteilnehmen diese bedeutenden Kronenposten billig abgegeben hätte, d. h. daß es die angebotenen Devisen und Metalle zu tieferen Kursen gekauft hätte.

Wenn trotz dieser umfangreichen Intervention sich der Kronenkurs nicht desto weniger so wesentlich gehoben hat, müssen die Ursachen sicherlich nicht nur in dem Eingreifen der auswärtigen Spekulation, sondern auch zu Hause gesucht werden, daß nämlich die Importeure, indem sie selbst mit dem Anstiege der Krone rechneten, sich der nötigen Devisenkaufe enthielten und demgegenüber die Exporteure massenhaft nicht nur laufende Polata, sondern auch ausländische Forderungen, die wahrscheinlich aus früheren Zeiten relikten, abgeführt haben und außerdem beschränkt waren, durch Terminkäufe sich die Kurse für die Exporte der kommenden Monate zu sichern. Schließlich sind noch die Forderungen des Auslandes, die bei uns angelegt sind, zu erwähnen. Es kann doch nicht ernstlich das Verlangen gemeint sein, daß der Anstieg dieser Gelder, wenn sie auch kurzfristig erfolgt, Hindernisse bereitet werden. Diese Gelder sind, wenn auch nur vorübergehend, in unserer Wirtschaft mitwirkend, und ihre Anlage ist sicherlich die beste Vertrauens- und Unterstützung des Auslandes für die Konsolidierung der Verhältnisse in unserer Republik.

Der Ministerrat hat die Referate der beiden Minister genehmigt.

(Wir werden uns mit diesen Referaten in der morgigen Nummer des Blattes befassen. D. Red.)

Ausland.

Abberufung des deutschen Reichsgeandten aus München.

Der Vertreter des Reiches in München, Graf Jech, ist von seinem Posten abberufen worden und damit haben die bayerischen Nationalisten Revanche bekommen für die seinerzeitige Abberufung des preussischen Gesandten in München, Ministerialrat Schellen. Wie letzterer in deutschvölkischem, so wirkte Jech in republikanischem Sinn und darum mußte er fallen, nachdem Schellens antirepublikanische Intrigen diesem schließlich doch den Posten gekostet hatten. Zum Anlaß gegen Jech vorzugehen, nahm man den Prozeß gegen den Hochverräter Leoprechting. Dieser, ein pathologischer Lügner, der übrigens tatsächlich mit französischen Stellen in Beziehung stand, rühmte sich seiner Beziehungen zum Reichsgeandten, die sich aber in Wahrheit darauf beschränkten, daß er ihn einmal vergebens um eine Geldunterstützung gebeten hatte und daß seine „Nachrichtenblätter“ von Jech — nicht gelesen wurden. Der Gesandte erbot sich zu zeugeneidlicher Aussage, doch sah das Gericht davon ab. Dafür schroteten die Zeitungen der bayerischen Volkspartei desto eifriger Leoprechtings Behauptungen aus und erstigten jede sachliche Feststellung Jechs in einem Wust von Lügen. Die syste-

matische Pressekampagne gab endlich dem Grafen Veranlassung die erwünschte Gelegenheit, in Verita zu erklären, daß er „nach gewissen Vorkäufen die Voraussetzungen für eine ersprießliche Tätigkeit Jechs in München für nicht mehr vorliegend erachte“ und die Reichsregierung leistete diesem Wink mit dem Jaunpfahl Folge. So ist denn einer der wenigen Männer der ehemals herrschenden Klasse, der sich ehrlich auf die Seite des Neuen gestellt und auch den Forderungen des Sozialismus verständnisvolle Teilnahme entgegengebracht hatte, glücklich abgesetzt und das „Gesetz zum Schutze der Republik“ in Bayern eines überzeugten Vertreters beraubt. Wie die Berliner Verhandlungen über dieses Gesetz, so zeigt auch der Fall Jech, daß die republikanische Idee vor dem Sturm der bayerischen Reaktion auf der ganzen Linie zurückweicht.

Eine Erklärung der Ostrauer Grubenbarone.

Zur Kundgebung der drei koalitierten Bergarbeiterverbände.

Mähr.-Ostrau, 6. September. Zu der Kundgebung der koalitierten Bergarbeiterverbände vom 4. ds. erklärt die Direktorenkonferenz des Ostrau-Karwiner Revieres folgendes: Die sogenannten Prager Vereinbarungen vom 10. Febr. wurden nicht zwischen den Vertretern des Grubenbesitzerverbandes und den Vertretern der koalitierten Bergarbeiterverbände, sondern zwischen den Vertretern der Bergwerksunternehmer und den Bergarbeiterorganisationen der einzelnen Reviere abgeschlossen, wenn auch unter Intervention der Vertreter des Grubenbesitzerverbandes und der koalitierten Bergarbeiterorganisationen. Das Abkommen vom 10. Febr. 1922, dessen Zweck die Liquidierung des Streikes war, der infolge von Differenzen in einigen Reviere anfangs Febr. 1922 ausgebrochen ist, läßt im ersten Teile, dritter Satz ausdrücklich die Möglichkeit weicher Änderung der Bestimmungen der Kollektiv-Verträge immer zu, wenn beide Parteien ihre Zustimmung dazu geben. Infolge dieser Bestimmung wurde auch zwischen dem Sekretariat des Bergarbeiterverbandes in Mährisch-Ostrau einerseits und der Direktorenkonferenz des Ostrau-Karwiner Revieres andererseits unter Mitwirkung des Revierebergamtes in Mähr.-Ostrau Ende Mai 1922 ein neuer Kollektiv-Vertrag abgeschlossen, der als „Abkommen vom Mai 1922“ zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und den Vertretern der Gewerke des Ostrau-Karwiner Revieres, gültig vom 26. März 1922“ bezeichnet ist. Durch dieses Abkommen wurden die bisherigen Bestimmungen über die Arbeitszeit, die Festsetzung der Löhne, größerer Zulagen, über das Belohnungspauschale usw. abgeändert und das Prager Abkommen vom 10. Febr. 1922 hat dadurch seine Bedeutung verloren, indem es durch diesen neuen Vertrag überholt wurde.

Die Richtigkeit dieses Standpunktes ist am schlagendsten dadurch bewiesen, daß das Sekretariat des Bergarbeiterverbandes in der tschechoslowakischen Republik sich in der Zuschrift vom 7. August 1922 gegen die Forderungen der Gewerke vertohrt, die sechsständige Arbeitszeit durch die normale achtstündige Schicht zu ersetzen und die achtstündige Arbeitszeit der einheimischen Overtagarbeiter durch eine angemessene Mittagsruhe zu unterbrechen. Es hat selbst gegen diese Forderungen eingewendet, daß die Lohnabkommen respektive der Kollektivvertrag am 22. Mai 1922 vereinbart und ein neuer Kollektivvertrag abgeschlossen wurde, daß dieses Abkommen nicht nur bis zum 31. August 1922 Gültigkeit hatte, sondern daß der Termin bis 31. August 1922 nur die Beiträge und Abkommen betrifft, welche vor dem 31. Dezember 1921 und keineswegs die nach dem 10. Febr. 1922 neu abgeschlossenen Kollektivverträge betrifft.

Das die Gültigkeitsdauer des neuen Vertrages vom Mai 1922 betrifft, wurde vereinbart, daß für dessen Kündigung für beide Parteien eine vierwöchige Frist gilt. Da aber dieser Vertrag von der Direktorenkonferenz am 19. Juli 1922, also in einer weitaus längeren Frist, als durch den Vertrag festgesetzt ist, gekündigt wurde und da die Kündigung an den Kontrahenten, d. i. das Sekretariat des Bergarbeiterverbandes in Mähr.-Ostrau, ordnungsmäßig erfolgte, lehnt die Direktorenkonferenz die Beschuldigung ab, daß sie den Vertrag verlegt hat und überläßt die Verantwortung für die Folgen, welche infolge des Beschlusses der koalitierten Bergarbeiterverbände eintreten können, den Vertretern der Arbeiterschaft.

Telegramme.

Erklärung Birchs vor den Gewerkschaftsvertretern.

Berlin, 6. September. (Tsch. P.) Western fanden neuerlich Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften über die Regierungsmassnahmen gegen die Tenierung statt. Reichskanzler Dr. Birch erklärte, daß er keinesfalls die Hand dazu bieten werde, daß aus dem mageren Goldschatz der Reichsbank namhafte Beträge abgegeben würden. Er habe die nicht unbegründete Hoffnung, daß Amerika in die Neuregelung des Reparationsproblems aktiver als bisher eingreifen werde. Die Voraussetzung für die Stützung unserer Währung ist in erster Linie eine ausländische Anleihe und eine Grundbedingung für diese Anleihe ist die Sanierung des Budgets.

Die englischen Gewerkschaften gegen die Friedensverträge.

London, 5. September. (Wolff.) In der heutigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses in Southport wurden verschiedene Resolutionen erörtert, die die Reparationskrisis und andere internationale Fragen betreffen. Es wurde eine vom Arbeiterführer Thomas eingebrachte Entschlieung angenommen, worin es bezüglich der Reparationskrisis heißt: Die Konferenz auf der über fünf Millionen organisierte britische Arbeiter vertreten sind, erkennt an, daß die Entscheidung der Reparationskommission für das deutsche Volk einen zeitweiligen Aufschub der unmöglichen Lasten gestiftet hat, die ihm von den alliierten Regierungen auferlegt wurden. Die Konferenz hofft, daß diese Krisis dazu gedient haben wird, die dringende Notwendigkeit einer sofortigen und endgültigen Regelung des Reparationsproblems nachdrücklich vor Augen zu führen. In der Entschlieung wird dem Plan der internationalen Arbeit zur Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete erneut zugestimmt und erklärt, daß kein Plan für die Wiederherstellung Europas möglich sei, wenn nicht die Befehung der Rheinlande und die Politik der Gewalt aufgegeben wird. Es muß eine angemessene Frist und eine Erleichterung für die Zahlungen gewährt werden. Die deutsche Industrie darf nicht erdrückt werden, wenn Frankreich und Belgien wieder hergestellt werden sollen. Es muß ein unparteiischer Gerichtshof des Völkerbundes bestehen, dem die Schwierigkeiten und Streitfälle zur schiedsgerichtlichen Entscheidung überwiesen werden können. Die deutschen Verpflichtungen müssen auf eine vernünftige Grundlage gebracht werden. Der augenblickliche Zustand der Ungewißheit ist der Hauptfaktor der jetzigen Wirtschaftslage Europas. Die Deutschen und Russen müssen eingeladen werden, dem Völkerbunde beizutreten mit genau denselben Rechten und Pflichten wie die bisherigen Mitglieder des Bundes.

Die Arbeitslosigkeit behandelnd, erklärte Thomas: Alle müssen anerkennen, daß die anderen Fragen, damit verknüpft, durchaus bedeutungslos sind. Keine Frage steht in so engem Zusammenhang mit dem Arbeitslosenproblem wie die der internationalen Schwierigkeiten. Thomas fordert den Kongress auf, der britischen Regierung zu erklären, daß, wenn auch Amerika die englischen Schulden nicht streichen will, England doch bereit sei, die Schulden zu streichen, von denen es vollkommen weiß, daß sie niemals zurückgezahlt werden können. Indem diese Schulden über dem Haupte der Nationen schweben, machen sie es ihnen unmöglich, ihre Währungen auf einer angemessenen Höhe zu halten.

Der Gewerkschaftskongress hat ferner beschlossen, das Londoner Blatt „Daily Herald“ anzulassen und in eigene Verwaltung zu nehmen.

Zwangswirtschaftsmaßnahmen in Deutschland.

Hamburg, 5. September. Der Kongress der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, der hier Montag und Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsministers Jech tagte, hat festgestellt, daß in Deutschland nach dem Verluste wertvoller landwirtschaftlicher Gebiete noch weniger als früher genügend Nahrungsmittel erzeugt werden können und daß es namentlich auf dem Gebiete der Erzeugung von Brotgetriebe, Futtermitteln und Fetten in hohem Maße auf die Einfuhr angewiesen sei.

Die Minister waren darum einmütig der Ueberzeugung, daß alle Maßnahmen getroffen werden müssen, die auf eine sparsame und zweckmäßige Verwendung der vorhandenen Nahrungsmittel im Inlande Einfluß haben können. Sie sprechen sich daher für ein Verbot der Herstellung von Starkbier und im übrigen für eine Einschränkung der Bierherstellung aus. Sie halten es für notwendig, daß die Verwendung von inländischem Zucker für die Likör-, Branntwein-, Schokoladen- und Süßigkeitenerzeugung alsbald verboten wird. Sie halten es weiterhin für notwendig, daß zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres Maßnahmen dahin getroffen werden, daß der Inlandszucker in erster Linie der Bevölkerung zum Mundgebrauch zugeführt werde.

Grenzregulierungsabsichten in Oberschlesien.

Breslau, 5. September. (Wolff.) Der deutsche Vertreter bei der Grenzkommission für die Festlegung der neuen oberschlesischen Grenze überreichte heute dem Präsidenten der Grenzkommission eine Note, in welcher es u. a. heißt: Die deutsche Regierung vermag sich der Auffassung der Grenzkommission nicht anzuschließen, welche dahin geht, daß die Demarkationslinie im oberschlesischen Industriegebiete nur eine Richtlinie für die endgültige Grenzfeststellung darstellt und daß noch wesentliche Änderungen zulässig sind, da diese Auffassung weder mit dem Friedensvertrage noch mit der Genfer Entscheidung vereinbar ist. Nach der Auffassung der deutschen Regierung wären die Grundlagen der Verträge über Oberschlesien erfüllt, wenn die Grenzkommission den polnischen Ansprüchen auf Grenzänderung nachgeben sollte. (Dies wäre, darf man hinzufügen, noch umso unbegreiflicher, als die Verkehrs-, Apro-

Wirtschafts- und Wirtschaftskatastrophe in Polnisch-Obergalizien zeigt, daß die polnische Verwaltung den Anforderungen, welche die hohe Wirtschaftskultur des Landes an sie stellt, durchaus nicht gewachsen ist.)

Dreißigmillionen und Kredit an Oesterreich.

London, 6. Sept. (Havas.) Die „Daily Express“ erfährt, haben einflussreiche Bankkreise beschlossen, mit Zustimmung der Reparationskommission Oesterreichs 20 bis 30 Millionen Pfund Sterling anzubieten, welche durch die österreichischen Einfuhrzölle garantiert würden. Gleichzeitig würde ein fünfjähriges Moratorium bewilligt werden.

Die Minoritätenfrage vor dem Völkerrund.

Ein Lobredner der — Tschechoslowakei!

Genf, 5. September. (Tsch. B.) Die Völkerverversammlung begann heute die allgemeine Diskussion über den Jahresbericht des Völkerrundrates. Die Aussprache dürfte einige Tage dauern. Gleich in der ersten Sitzung stellte der südafrikanische Delegierte, Professor Murray, die Minderheitenfrage auf die Tagesordnung, bei welcher es sich nach seiner Ansicht nicht bloß um humanitäre Angelegenheiten, sondern vor allem um politische Angelegenheiten handelt. Wenn die Dauerhaftigkeit der Neuordnung in Mitteleuropa gesichert werden soll, dürfe es dort keine Unzufriedenheit und keine Bestrebungen nach Abtrennung geben. Der Völkerrundrat ist bei seinem bisherigen Verhalten in Minoritätenfragen, d. i. durch direkte inoffizielle Verhandlungen mit den beteiligten Staaten, sehr erfolgreich vorgegangen. Er hätte diese seine Erfolge ohne die loyale Mitarbeit der Regierungen nicht erzielt. Professor Murray erinnert an die vorjährige Resolution des Völkerrundrates, die die Minoritätenfrage in der Tschechoslowakei quittiert mit Anerkennung der Lokal- und Fürsorge, welche die tschechoslowakische Regierung der Lösung dieser Frage widmet. Der Redner führt weiter aus, daß das bisherige Vorgehen des Völkerrundrates trotzdem nicht überall Erfolg hatte. Redner verwies diesbezüglich auf Mazedonien und auf die Stellung der Juden in einigen Ländern. Die Völkerverversammlung sollte demnach für das Vorgehen in Minderheitenfragen eine neue Methode ausfindig machen. Redner schlägt vor, die Hauptpunkte des Jahresberichtes, insoweit sie Minderheitenfragen betreffen, einer Sonderkommission der Völkerverversammlung zuzuweisen. Die Entscheidung über diesen Vorschlag wird zweifellos erst morgen erfolgen. Das amtliche Nachrichtenbüro fügt mit sichtlichem Vergnügen folgende Bemerkung hinzu: Das heutige und vorerwähnte Ausstreuen Murrahs, welcher Professor der Oxford-Universität ist, machte einen um so stärkeren Eindruck, als Murray noch im vorigen Jahre beantragt hatte, eine ständige Sonderkommission einzusetzen, welche über der Durchführung der Minderheitsverträge zu wachen hätte.

Abkommen zwischen dem deutschen und französischen Kaliumkartell.

Berlin, 6. September. (Tsch. B.) Zwischen dem deutschen und dem französischen Kaliumkartell ist, wie eine Parliamentskorrespondenz hört, ein Abkommen abgeschlossen worden, das die Besetzung der Konkurrenz zwischen der deutschen und der französischen Kali-Industrie, insbesondere auf den östlichen Märkten bezweckt.

Selbstmord des Sozialrevolutionärs Timo eeff.

Riga, 6. September. (Havas.) Der Sozialrevolutionär Timo eeff, welcher bekanntlich vom Moskauer Gerichtshof zum Tode verurteilt worden war, hat sich im Moskauer Gefängnis erhängt.

Eugen Timo eeff, 36 Jahre alt, von Beruf Journalist, steht seit 1900 in der revolutionären Bewegung, ist seit 1902 Mitglied der sozialrevolutionären Partei, wo er seit 1905 eine führende Rolle einnimmt. Wurde von den zaristischen Gerichten zweimal zu langen Zuchthausstrafen verurteilt, von denen er zwölf Jahre verbüßte. Durch die Märzrevolution 1917 befreit, nahm er regen Anteil an der revolutionären Bewegung in Sibirien, wo er eine führende Rolle in der Verwaltung spielte. Ende 1917 wurde er in die konstituierende Versammlung gewählt, nach deren Sprengung er auf dem Altrossischen Kongress im Jahre 1918 zum Mitglied des Exekutivkomitees gewählt wurde. Im Jahre 1920 wurde er von den Bolschewisten verhaftet und befindet sich seitdem ununterbrochen in Haft.

Selbstmord der Gattin Sembats.

Paris, 6. September. (Havas.) Frau Sembat, die Gattin des gestern verstorbenen Marcel Sembat, hat in Chamontz Selbstmord verübt.

Der Sowjetmilitarismus.

London, 6. September. (Tsch. B.) Nach einer Meldung aus Riga besagt ein dort aus Moskau eingetroffenes Telegramm, in dem Budget von Sowjetrußland für 1922/1923 betrügen die Vorkaufslage der Ausgaben für das Rote Meer 400 Millionen Goldrubel, d. h.

34 Prozent der gesamten budgetären Ausgaben.

Das Ende der russischen Hungersnot.

London, 6. September. Der Kontrollor des amerikanischen Hilfswerkes, H. E. H. ist aus den inneren Gebieten Rußlands in London eingetroffen. Er erklärte, seiner Ansicht nach habe Rußland genügend Lebensmittel bis zur nächsten Ernte, wenn sie richtig verteilt würden. Rußland habe jetzt beinahe wieder normales Aussehen. Die große Hungersnot sei überstanden. Es gebe indessen noch viele Bettler und heimatlose Kinder, die das Hilfswerk nächstes Jahr ernähren müsse. Das Eisenbahnwesen sei in der letzten Zeit sehr verbessert worden.

Claus Dreier, ein Heideprolet.

Claus Dreier ist Bergmann. Sein Vater war auch Bergmann, wie auch sein Großvater und alle seine Ahnen. Es ist ein großes Verhängnis der Familie, daß niemals der Vater den Sohn, noch der Sohn den Vater zu sehen bekommt, und sollte es irgendeinem aus der Sippe einmal eingefallen sein, nicht Bergmann zu werden, dann hätten seine Nachkommen nie das Licht der Welt erblickt. Dies Verhängnis bedingt es auch, daß Claus Dreier so gut wie gar keine Jugenderinnerungen hat, weder gute noch schlechte. Sein Lebensanfang kommt ihm wie ein riesengroßer Dämmeranschlag vor. Wie er da hineingekommen und was vorher gewesen, davon kann er sich gar kein Bild machen. Er erwachte eines Tages tief drunten in der Erde, rieb sich die Augen, und wie er sah, daß ihm ein paar richtige Schaufeln an den Füßen gewachsen waren, da grub er los. Eigentlich ohne Zweck und Ziel. Aber mit einem Male war es hell und licht um ihn, daß er eine halbe Stunde lang ganz verdutzt sitzen blieb. Dann aber begann ihn die Umwelt zu interessieren, einmal, weil in ihm ein ganz eigenartiges Gefühl anhub, zum andern, weil er mit seiner Hühner Nase einen wunderbaren Duft von Hasenfugeln wahrnahm, der in irgendeiner Verbindung mit seinem Innengefühl stehen mußte. So stolperte denn Claus Dreier in den nebligen Spätherbstmorgen hinein. Er hatte mit seinen Beindornen hinter einen knorri gen Heideast, verlor das Gleichgewicht und lugelte kopfüber den Heidehang hinunter. Das schadete ihm aber weiter gar nicht; denn Heideäste hatte er nicht zu verletzen, und sein pechschwarzes Hornpanzer konnte schon einen kleinen Ruff vertragen. Als Claus sich wieder aufgerappelt hatte, sah er die schönsten Hasenfugeln vor sich liegen. Nun waren zwar noch niemals Hasenfugeln über seinen Weg gestreut, dennoch schlug sein kleines Käferherz, übrigens ein ganz wunderbares Gebilde ohne die geringste Herzähnlichkeit, gleich darauf. Claus Dreier fing also an, zu schmausen — aber „wenns dem bösen Nachbar nicht gefällt“ — der hatte nämlich schon eher zu schmausen begonnen, war übrigens längst verheiratet und hatte für Familie zu sorgen. Kein Wunder, wenn er Vorrechte geltend machte und mit bösen Geburten seine drei Hörner senkte, um auf Claus loszufahren. Erschrack zog der die Beine an den Leib und ließ sich weiter bergab lugeln. Diesmal glückte es besser. Ein ganzes Lager Hasenfugeln lag rund um ihn, als er langsam aus seinem Schwindel erwachte. Ganz energisch ging er den Fugeln zu Leibe, bröckelte und schmaute, daß es drei Käferlängen weit zu hören war. Mit einem Male sturzte er. Da kam wieder solch böser Nachbar angefahren. Gerade wollte Claus wieder seine Beine einziehen und die Kollektour vornehmen, da wurde er gewahrt, daß das schwarze Ding da gar nicht solch steife Hörner hatte, wie er sie besah, und überhaupt — es wurde dem Claus ganz eigen zu Sinn. Dieses schwarze Ding da drüben war auch ein gar zu nettes Käferfräulein. Claus schob den Kopf vor und zog ihn zurück, das gab eine Ruffstimm als vom Brunnloch im Dorfkrug. Ganz langsam kroch er näher, als ihm plötzlich ein Rivale auf den Leib rückte. Voll Wut nahm Claus ihn an, und als nun gar die schwarze Schöne noch da Keulenfächer grübelnd bewegte, da jagte Claus den Fremden mit Tausendfächerkraft in die wilde Weide. Sieg muß gefeiert werden. Die zwei machten gleich Verlobung, Hochzeit usw. Haben lassen sie beide nichts. Aber was sie brauchten, lag genug herum. So fing Frau Claus Dreier denn gleich an, zu budeln, und weil ihr Mann solch prachtvoll praktische Forderungen am Kopf sitzen hatte, so mußte er wohl oder übel alle Erde aus dem Stollen schleppen, den seine Frau bald einen Meter tiefgegraben. Und als er meinte, nun sei es tief genug und einmal Zeit zum Verputzen, da trieb sie ihn unbarmerzig an zum Hasenfugelholen. Die mußte er schon zerbröckeln und dann in den tiefen Schacht bringen. Zeugend fügte sich Claus, ohne zu murren; denn er war ja verheiratet. Sie aber stampfte und badete einen prächtigen Hasenfugelfuchsen tief drunten im Boden, legte ein fein säuberlich weißes Ei hinzu und stampfte immer neu von den Sammelergebnissen des Vaters drauf. Wochenlang trieben die beiden ihn emsig Werk, und wie nun alles schon vorgefertigt war, für den kleinen Claus Dreier, der nie seinen Vater sehen sollte und auch nie von seinem Vater gesehen ward, da bekam Claus Dreier erst das Rheuma in den Weinen, dann wollten die Tracheen nicht mehr ziehen und eines Morgens lag Claus, alle sechs gen Himmel gestreckt, vor seinem Bau. Die trauernde Witwe aber schludte 2 Tage später der Fuchs, der die ganze Nacht vergeblich gejagt hatte und nun seinen knurrenden Magen zu beruhigen suchte. So starben die beiden allein vier Meilen in den Himmeln. Das Geschlecht der von Dreier ist immer noch in der Weide vertreten, und überall, wo es Hasenfugeln gibt, da gibts auch Dreierkugeln beim Bergbau.

Tages-Neuigkeiten.

Der Dollar steigt.

Dem neuesten Chorwerke Bruno Schönlank's „Großstadt“, das demnächst erscheint, entnehmen wir folgende Verse:

„Flammende Städte Europas, flammende Städte der Welt, küßt ihr, wie unterirdisch das Feuer des Aufstiehs schwellt.“

Flammende Städte Europas, du Arbeitsvölk der Welt, Deine Sehnsucht wie unsre an grauen Mauern zerfchellt.“

Staatsmänner Europas, der Taumelbecher ist voll. Der Trank ist ausgegossen, die Völker werden toll.“

„Der Tanz, der Tanz um's goldne Kalb, Devisen, nur Devisen!“

„Der Zeiger rückt auf eisenhalt Die schwarzen Wasser fließen.“

„Nach uns die Sintflut! Der Dollar steigt, Der Dollar steigt, Champagner, Wein, Kokotten.“

„Die Sintflut steigt, Die Sintflut steigt, Und läßt sich nicht mehr spotten.“

„Gehet! Die Dämme halten fest, Devisen, nur Devisen! Die Hungerpest, die Hungerpest, Mag in die Haine schleichen.“

Der Dollar steigt, Der Dollar steigt, Der Teufel geigt, Der Teufel geigt, Devisen, nur Devisen.“

Die Sintflut steigt und steigt mit Macht, Der Zeiger steht auf Mitternacht.“

Die kommunistische Kreisorganisation in Reichenberg und die Wirtschaftskrise. Als die drei Gewerkschaftszentralen in der Tschechoslowakei am 5. Juli eine Konferenz abhielten, in der sie ein gemeinsames Programm aufstellten, haben wir diese Tatsache lebhaft begrüßt. Der Reichenberger „Vorwärts“ hatte damals nichts vernünftigeres zu tun, als zu den Beschlüssen der Gewerkschaftszentralen seine üblichen Glossen zu schreiben. Blödsinn hat sich der Reichenberger „Vorwärts“ eines anderen besonnen, er hat wieder eine Schwankung um 180 Grad gemacht und herausgefunden, daß die Forderungen der Gewerkschaftszentralen sogar zu Forderungen der proletarischen Einheitsfront erhoben werden könnten. Er hat nun an die Reichenberger Kreisgewerkschaftskommission einen Brief gerichtet, in welchem er eine gemeinsame Aktion des 6. Kreises der kommunistischen Partei mit der nordböhmischen Kreisgewerkschaftskommission verlangt. Die Reichenberger Kreisgewerkschaftskommission hat diesen Brief in einem Schreiben beantwortet, welches an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Der Brief lautet:

An die VI. Kreisorganisation Nordböhmen der K. P. G. Reichenberg.

Werte Genossen!

Ihr Schreiben vom 4. September haben wir erhalten. Wir sind sehr erstaunt, daß sich der Vollzugsanspruch des VI. Kreises der K. P. G. und seine ihm untergeordnete Stelle, der Kreisgewerkschaftsrat der auf dem Boden der K. P. G. stehenden Fachorganisationen, wieder an die nordböhmische Kreisgewerkschaftskommission wendet. Wir erblicken in diesem Vorgange nicht so sehr den Wunsch und den Willensausdruck, ein einheitliches Vorgehen zu erzielen, sondern sind nach den gemachten Erfahrungen und der bisherigen Entwicklung in der kommunistischen Partei der Ueberzeugung, daß es sich Ihnen auch hier wieder nur darum handelt, für Ihre Partei Kapital zu schlagen und neuen Agitationsstoff zu erlangen.

Vor allem ist den Vertretern des VI. Kreises der K. P. G. bekannt, daß die Bekämpfung der Erscheinungen, hervorgerufen durch die Wirtschaftskrise, keine Angelegenheit des Kreises sein kann, sondern daß der Abwehrkampf sich auf der ganzen Linie entwickelt. Aus diesem Grunde hat die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Voraussetzung der Ereignisse gemeinsam mit den beiden übrigen Landesgewerkschaftszentralen bereits am 5. Juli eine Beratung abgehalten, um ein einvernehmliches Vorgehen und Handeln zu erzielen.

In weiterer Linie haben die drei Gewerkschaftszentralen, ebenfalls lange vor Ihrem Schreiben, sich bemüht, auf die Regierungsstellen einzuwirken. Die letzte Intervention in dieser Sache fand am 1. September statt. Diese Tatsachen sind Ihnen genau so gut bekannt wie uns. Sie wissen ferner, daß die K. P. G. zwecks Einleitung des Kampfes gegen die Wirtschaftskrise und die katastrophale Arbeitslosigkeit nur nach den Beschlüssen der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes arbeitet, welche wieder in ständiger Verbindung mit den übrigen Gewerkschaftszentralen steht.

Wenn es sich also den Vertretern des VI. Kreises der K. P. G. und seiner ihm untergeordneten Stelle, dem Kreisgewerkschaftsrat der auf

dem Boden der K. P. G. stehenden Fachorganisationen, wirklich darum handelt, den Kampf zugunsten der Arbeiterklasse zu entfachen, dann ist es deren Pflicht, Ihre zugehörige Parteistelle zu veranlassen, den Versuch zu unternehmen, um die Verbindung auf zentraler Grundlage herbeizuführen. Der Kampf gegen die beschriebenen Erscheinungen ist mit Erfolg kreisweise nicht zu führen.

Auch in der zweiten Angelegenheit, die Mündigung der Kollektivverträge in der Textilindustrie betreffend, entscheidet nicht die nordböhmische K. P. G., sondern zunächst die Union der Textilarbeiter. Wir können als örtliche Kommission diesen Entschlüssen nicht vorgreifen.

Sie können die Versicherung entgegennehmen, daß die nordböhmische K. P. G. zur Organisation des Abwehrkampfes alle jene Schritte durchzuführen wird, die ihr teils aufgetragen und die andernteils notwendig sind. Sie hält sich jedoch grundsätzlich nach den Beschlüssen der Zentralstellen.

Wir ersuchen Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen und zeichnen mit bestem Gewerkschaftsgruß

f. d. Kreisgewerkschaftskommission für Nordböhmen Reichenberg, Spitalgasse 35/II. L. Waniet m. p.

Es ist selbstverständlich, daß eine einheitliche Aktion der Arbeiter gegen die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nicht von der Kreisorganisation Reichenberg der kommunistischen Partei allein mit der Kreisgewerkschaftskommission Reichenberg gemacht werden kann, sondern, daß sich die kommunistische Partei schon an die drei Gewerkschaftszentralen wenden mußte. Warum die Reichenberger Kommunisten ohne Rücksicht auf ihre Prager Zentrale eigene Politik machen wollen, ist unerfindlich.

Das eigene Nest beschmutzen ist ein Zeichen von Unsauberkeit und Dummheit. Trotzdem drückt das „Prager Tagblatt“ die folgende Bemerkung aus dem Berliner „Lagebuch“ Stefan Großmanns ab: „Zuweilen es hilft nichts, muß man sich der berühmtesten Deutschen hinter Schämeln. Da erscheinen im Herbst Lloyd Georges Memoiren. Honorar: 100.000 Pfund. Gleichzeitig Mitteilung an die Öffentlichkeit: Lloyd George stellt sein ganzes Honorar für wohltätige Zwecke zur Verfügung, er empfinde es peinlich aus seinen Kriegshandlungen und -Erinnerungen persönlichen Gewinn zu ziehen. Was müssen unsere deutschen Erinnerer empfinden haben, als sie diese Erklärung eines Gentleman lasen? An welcher wohltätigen Zweck hat sich Wilhelm II., Kronprinz, Kaiser, Kaiserin, Hindenburg erinnert? Die große Zeit bracht ihnen großen Ruhm.“ Hier wird also Wilhelm II. mit vollem Recht als das Gegenteil eines Gentleman und als Subjekt hingestellt, das sich schäbigster Weise an den Früchten des von ihm ausgelösten Weltkammer bereichert. Er tut das u. a. mit Hilfe des „Prager Tagblattes“, das Wilhelm's „Erinnerungen“ strapallos dem Sensationspöbel unterbreitet und der unsaubere Dehler des von Großmann abgewaschenen Stiefers ist. Aber von jeder an moralisch leidend, schämt es sich nicht, mit Wilhelm's auch die eigene Schande ins Land hinzutrompeten.

Es kreischen die Berge... Der Ministerrat hat in seiner gestrigen Sitzung, welche der Lösung der Wirtschaftskrise gewidmet war, beschlossen, an die Einwohner der ganzen tschechoslowakischen Republik eine öffentliche Aufforderung zu richten, in welcher die Regierung Schuld und Mitarbeit der Einwohner in einer so schweren Zeit erbittet.

Der französische kommunistische Parteitag. Aus Paris wird gemeldet: Wie die „Humanité“ ankündigt, findet der kommunistische Parteitag vom 15. bis 18. Oktober statt.

Eine Korruptionsaffäre in der Prager Verwaltungskommission. Die Verwaltungskommission für Groß-Prag verhandelte in der letzten Sitzung über den Kauf des Gutes Kuratie und der Höfe in Rozhly, Chobow und Seherow. Im ganzen sollen 2.116.100 Kr um 5.950.000 Kronen gekauft werden. Die Verhandlungen mit der Gemeinde Prag führte für den Besitzer von Kuratie Ludwig Korb-Weidenheim dessen Rechtsvertreter Dr. Josef Sokol. Dr. Sokol gehört nun, wie das „Rube Pravo“ berichtet, zu jenen Advokaten, die nie genug verdienen können. Denn dieser Mann verlangte anfangs ein Prozent der Verkaufssumme als Provision für seine Bemühungen. Obwohl nun dieser Betrag schon eine angemessene Belohnung gewesen wäre, schien er dem Dr. Sokol bald zu gering zu sein und er verlangte, daß ihm die Gemeinde Prag von den zu laufenden Beständen 35 Hektar Land samt den sich darauf befindenden Gebäuden in Ober-Rozhly zum Preise von 60.000 Kronen ablasse, obwar die Gebäude allein einen Wert von 240.000 Kronen besten. Außerdem verlangte Dr. Sokol für sich die Verpachtung der Jagd auf dem Gute Kuratie um den lächerlich geringen Betrag von 2000 Kronen jährlich. Wenn man bedenkt, welche Summen für Jagdpachtungen in der Nähe Prags gezahlt werden, so wird man erkennen, was für ein Geschäft Dr. Sokol machen wollte. Bei der letzten Sitzung der Verwaltungskommission, in welcher der Antrag auf Kauf des Gutes Kuratie angenommen wurde, gelangte auch ein Antrag zur Behandlung, der sich mit der an Dr. Sokol zu zahlenden Provision befaßte. In dem Antrag hieß es, daß man auf

Gesellen, leidet und verbreitet die Arbeiterpreise.

